

Caillaux erklärt seine Finanzreform

Paris, 12. Mai. Finanzminister Caillaux hat heute vor dem Finanzausschuss der Kammer die angekündigten Erklärungen über die von ihm bearbeitete Finanzreform abgegeben. Nach seinen Erklärungen fest sich das auf 3 894 Millionen Franken geschätzte Defizit wie folgt zusammen: 1. aus dem Defizit in Höhe von 1180 Mill. Franken, das sich bei einem Vergleich zwischen dem Einnahmen und dem Ausgabenvorschlag ergibt, 2. aus dem Defizit in Höhe von 1240 Mill. Franken, das aus der Tatsache herborgeht, daß die Einnahmen, die Frankreich aus dem Haushalt erwartet, lediglich für Wiederaufbauzwecke auf besonderem Konto vorbehalten werden sollen, 3. aus dem außerordentlichen Staatsauschub zur Rentenversicherung der Kriegsopfer in Höhe von 1250 Millionen Franken und 4. aus der für die Postverwaltung zur Verbesserung der Materialien ausgeworfenen Summe von 254 Mill. Franken. Die innere Schulden Frankreichs beläuft sich nach Caillaux' Berechnung auf 280 Milliarden Franken. Hierzu sind 180 Milliarden kurzfristige Verpflichtungen aller Art und 150 Milliarden konsolidierte Renten. Caillaux, der die französische Schulden Frankreichs als gefährlich hoch bezeichnete, erklärte, um zum Ende der Sanierung zu kommen, dürfe man nicht verhehlen, daß eine Erhöhung der Einnahmen um ungefähr 3500 Mill. Franken erforderlich sei. Gemäß der programmatischen Erklärung der Regierung werde man sich an alle Bürger wenden, um diese Summe aufzubringen. Der Beitrag der allgemeinen Einkommensteuer werde, ohne daß ihre Quoten erhöht werden werde, durch eine stärkere Kontrolle ertragsschärfiger gemacht werden können. Die Sondererlöse der Einkommensteuer soll für Steuerzahler mit einem Einkommen von mehr als 25 000 Franken erhöht werden. Um den Mittelstand und die Arbeitersklasse zu schonen, werde, was die indirekten Steuern betreffe, die Regierung sich außer mit einer Erhöhung der Tabakpreise, die bereits für das Budget 1925 vorgesehen war, mit der Berichtigung eines einzigen Steuersatzes begnügen. Weiter werde die Schaffung einer staatlichen Rückversicherungsstätte beantragt werden, an die alle Versicherungsgesellschaften wenigstens 30 Prozent ihrer ver einnahmten Prämien abführen müßten. Auf diese Weise komme dem Staat ein Teil des Nutzens der Monopole der Versicherungsgesellschaften zugute, und der Finanzminister werde, ohne irgendwelche Exproprierung eine beträchtliche Beteiligung des Schatzamtes an Ueber gewinnen können, ohne zu bürokratischen Organisierungen schreiten zu müssen. Da die neuen Steuern erst im Laufe des Jahres 1925 voll in die Erscheinung treten würden, werde das Schatzamt geswungen sein, bis Ende dieses Jahres noch aus eigenen Mitteln die Verpflichtungen zu decken. Caillaux händigte zum Schlus noch an, daß weitere Finanzpläne in Aussichtung begriffen seien, u. a. einer hinsichtlich der Gewerbesteuer, bei der durch eine schärfere Erfassung eine Herabsetzung der nach Ansicht Caillaux' übertriebenen hohen Gewerbesteuer ermöglicht werden könne. Außerdem glaubt der Finanzminister das Detroit in kurzer Zeit vollkommen beseitigen zu können. Er lasse einen Code für Steuergesetze ausarbeiten, der die Verpflichtungen der Steuerzahler bestimme und zu gleicher Zeit die Steuerzahlung vereinache. Nach dem Exposé des Finanzministers ist der Finanzausschuss in die Beratung derselben eingetreten.

Die deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen.

Bei den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen in Baden-Baden ist eine Verständigung über den weiteren Abbau der beiderseitigen Einführungsbegrenzung erzielt worden. Die Erleichterungen beziehen sich in erster Linie auf Einführungen der beiderseitigen Einführungskontingente, ferner ist von den Kontingentslisten eine Reihe von Warengruppen gestrichen worden; außerdem wurde vereinbart, daß verschiedene bisher übliche Voraussetzungen für die Bewilligung von Einführungsbegrenzung in Fortfall kommen sollen. Der Wortlaut des Abkommens und der neuen Kontingentslisten wird nach der vorbehalteten Genehmigung durch die beiden Regierungen bestätigt werden. Voraussichtlich wird das Abkommen Anfang Juni d. J. in Kraft treten.

Kunst und Wissenschaft.

Richard Wagner's russische Apostel. Vor kurzem hat der berühmte russische Sänger Jerichow, der erste und einzige Wagner-Tenor der Staatsoper in Petersburg, sein dreißigjähriges Künstlerjubiläum gefeiert. Ihm verdankt Wagner die unzählige Popularität, die er in Russland genoht. Jerichow, der Sohn einer Kosakenfamilie, kam in den neunziger Jahren des vorherigen Jahrhunderts vollständig mittellos nach Petersburg, um am Kaiserlichen Konservatorium seine ungewöhnlich hohe und starke Tenorstimme ausbilden zu lassen. Nach einigen Engagements in verschiedenen russischen Provinzstädten debütierte Jerichow an der Kaiserlichen Oper in Petersburg in Gounods "Faust" und wurde sofort auf längere Zeit verpflichtet. Als Jerichow zum ersten Mal den Tannhäuser sang wurde er von Wagner als leidenschaftlicher Dramatik so hingerissen, daß er nur noch die großen Wagnerischen Heldenpartien, namentlich den "Eckermann", den "Siegfried" und den "Tristan" singen wollte. Seine edlen Jüge, seine blühende Stimme, Gestalt und seine große Stimme fanden ihm für die Verkörperung dieser Heldenrollen zugute. Dank Jerichow wurden die großen Tondramen Wagners in den Spielplan der kaiserlichen Oper aufgenommen, wo sie bald das Publikum bestürzt anogen, daß sie stets ausverkaufte Hänser machen und einen Wagner-Enthusiasmus hervorrufen. Unvergleichlich bleibt Jerichows Siegfried, bewundernswert in seiner rhythmischem Elastizität, der Leidenschaftlichkeit seines dramatischen Gesanges und der strahlenden Leuchtstrahl seiner jünglich frischen Erscheinung. Als Cosima Wagner ihn einst hörte, nahm sie ihn sofort für Bayreuth in Aussicht, sein Auftritt scherte jedoch daran, daß es den deutschen Text nicht erlernen konnte, was umso bedauerlicher war, als der russische Sänger Russisch, wie zu den größten

Der deutsche Kronprinz an das Reichsbanner.

Aus vergangenen Sonnabend und Sonntag stand Dals, der Wohnsitz des ehemaligen Kronprinzen, unter dem Eindruck einer mächtigen Kundgebung der Republikaner Schlesiens. Schon am Sonnabend waren Tausende von Reichsbannerleuten aus ganz Schlesien zur Bannerweihe der Deller Truppe eingetroffen. Nach Einbruch der Dunkelheit bewegte sich ein dänzender Festzug durch die Straßen der Stadt, die mit Girlanden und Transparenten geschmückt waren, und am Kriegerdenkmal gehoben der Gauvorsteher, der demokratische Landtagsabgeordnete Hermann der Toten des Weltkrieges. Ein großer Rabenstreif beendete diese öffentliche Feier. Am Sonntag mittag stand die große Bannerweihe auf dem Ring statt, wo die Massen im Biered am schwartzgold geschmückten Kriegerdenkmal aufgestellt waren, hinter dem ein Wald von Fahnen und Bannern wogte. Vor dem Denkmal standen die neu zu wehenden Banne und Fahnen. Die Kundgebung wurde umrahmt durch eine Vierter Ansprache des Vorsitzenden Hermann und eine Weihrede des Pastors Mücking. Nach dem Entrollen der geweihten Fahnen erscholl aus vielen tausend Fahnern die dritte Strophe des Deutschen Liedes. Darauf erhöhte der Vorbeimarsch vor den elf neu geweihten Fahnen. In den Nachmittagsstunden waren die Reichsbannerleute am Schloß vorüber. Der Kronprinz stand im Park und bat die Kameraden näherzutreten. In der dabei geführten Unterhaltung sprach sich der Kronprinz für eine Politik der Verständigung und eine Überbrückung der Klassenfeinde aus und bedauerte lebhaft, daß der unselige Flaggentreit die Nation noch immer in zwei feindliche Lager spalte.

Eine demokratische Anfrage.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat eine kleine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, in welcher unter Bezugnahme auf die im Untersuchungsausschuss des preußischen Landtages wegen des Todes des frischeren Reichsministers Dr. Höfle festgestellten Tatsachen die Prinzipien der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und die Sicherung der Rechtsgewalt bestätigt werden. Die Anfrage lautet:

Zentrumspartei und Höfle-Ausschuß.

Eine Deputation der Zentrumspartei unter Führung des Landtagsabgeordneten Dietrich begab sich gestern zum preußischen Justizminister Am Schönhoff, um auf Grund der eblischen Vermehrungen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß über den Fall Höfle Beschwerde über die Fehlgriffe einzelner Justizbeamten zu führen. Der Minister soll der Deputation erklärt haben, außer der Beurlaubung des Geheimrats Dr. Thiele habe die Justizverwaltung beschlossen, auch gegen die Staatsanwälte, die in dem Verfahren gegen Dr. Höfle tätig waren, geeignete Schritte zu unternehmen. In parlamentarischen Kreisen hält man es für nicht unmöglich, daß auch gegen den Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Dr. Rothmann vorgegangen wird, und zwar sowohl auf dem Wege des Disziplinar- wie auch des Strafverfahrens.

Ergänzungsetat 1924 und 1925.

Der Reichsrat nahm gestern die von der Regierung vorgelegten Ergänzungsetats für 1924 und 1925 an. Nach den Angaben des Reichstagsstatters bringt die Erhöhung für 1924 eine Mehrausgabe von insgesamt 652 Millionen Mark, diejenige für 1925 eine solche von 72 Millionen Mark. Der leitgenannten stehen an Mehrerauflagen 1,1 Millionen Mark gegenüber, sodass für 1925 ein Ausgabenbedarf von 70,9 Millionen M. hinzukommt.

Besprechungen in der Aufwertungsfrage.

Reichsanzler Dr. Luther hatte gestern nachmittag mit Vertretern der Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Wirtschaftspartei gesonderte Besprechungen über die

Aufwertungsfrage. Allmählich nach sollen die Meinungsverschiedenheiten zunächst auf dem Wege der Verständigung zwischen den Fraktionen ausgeglichen werden, ehe man die endgültige Beschlusstafel vorbereitet.

Polen vertuscht die Schäden!

Nach einer der Danziger Allgemeinen Zeitung aus durchaus zuverlässiger Quelle von austwärts zugegangenen Meldung ist man in Polen seit den letzten Tagen bestrebt, an der Strecke Marienburg-Schnedemühl, so weit sie durch polnisches Gebiet geht, die Beweise ihrer Vernachlässigung zu beseitigen. In den letzten Tagen ist siebenhaft daran gearbeitet worden, die schadhafte Schwellen auszuwechseln, um so unangenehmestellungen unmöglich zu machen. Es ist zu hoffen, daß durch die vom Schiedsgericht für den Durchgangsverkehr angeordnete Untersuchung Klarheit geschaffen und die Vernachlässigung der Strecke, durch die das Unglück von Stargard ermöglicht wurde, vor aller Welt festgestellt werden wird.

Die kleine Entente protestiert gegen Grenzregulierung.

Wie „Manchester Guardian“ erzählt, hat die Konferenz der kleinen Entente beschlossen, Frankreich dringend zu bitten, als britischen Pläne für eine Aenderung der Grenzen abzulehnen, andernfalls würden die kleinen Entente und Polen die italienischen Bestrebungen unterstützen. Außerdem sei eine gemeinsame Aktion für den Fall beschlossen worden, daß die Kommunisten die Regierung irgendeines Balkanstaates stürzen sollten.

Internationale Kontrolle des Waffenhandels.

Die Internationale Konferenz für die Kontrolle des Waffen- und Munitionshandels beendete am Mittwoch die allgemeine Debatte über die Veröffentlichung der Statistiken des Waffenexporthandels mit der Annahme des Prinzips der Offenheit. Die Frage des Zusammenschlusses des Infrastrukturen dieser Publicität für gewisse unabhängige Staaten, wie Rumänien, Polen usw., die Nachbarn des Reichs in der Konferenz nicht vertretenen Nachbarn sind, soll später anlässlich der Besprechung der anderen Bestimmungen der Konvention geprüft werden. Daraus erklärte im Namen Belgiens, daß sein Land gleichwie die Vereinigten Staaten von Nordamerika bereit sei, einem internationalen Verein beizutreten, durch das sich die Signatarstaaten verpflichten, ihre Statistiken über die Waffenproduktion zu veröffentlichen. Verschiedene Zusatzanträge, die die Organisation der Veröffentlichung der Statistiken über den Waffentransport bestreiten, wurden an die Unterkommission für Handels- und Postfragen verlesen.

Entschließungen des Sowjetkongresses.

Moskau, 11. Mai. Der allrussische Sowjetkongress bestätigte den neuen Wortlaut der Verfassung Sowjetrußlands mit den Änderungen, die aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen zu erfordern sind. Er nahm das Ausscheiden der Republiken der Ukraine und Usbekistan aus Sowjetrußland zur Kenntnis. Diese Republiken werden auf dem Morgen zu einer Sowjetkongress der gesamten Sowjetunion ihren Wunsch erklären, unmittelbar dem Bund der Sowjetunion beizutreten. Der Kongress wählt eine Zentralregierung aus 300 Mitgliedern, unter denen sich Kalinin, Rykov, Stalin, Tscharkowski, Tschostko und Tomski befinden. Etwa 30 Prozent der Mitglieder der Executive sind Bauerndelegierte.

Das Recht des Kassationsgesuches.

Sofia, 12. Mai. Die in dem Prozeß gegen die Urheber des Attentats in der Kathedrale verurteilten haben das Recht, binnen drei Tagen ein Kassationsgeschäft einzureichen. Außer zu den bereits gemeldeten Todes- bzw. Gefängnisstrafen wurden Friedmann, Koess, Dimitrow, Petruš, Stanishev und Kossoff zu je 500 000 Lewa verurteilt, der Küstner Radourski zu 250 000 Lewa, Tschakaroff zu 30 000 und Kamburoff zu 20 000 Lewa.

Metaphysik und Geisteswissenschaften; Vortragende u. a. die Professoren William Stern-Hamburg, Leopold Siegler-Schleswig.

Ein albanisches Seminar an der Universität Leipzig. Mit Beginn des Sommersemesters wird an der Universität Leipzig von dem als Balkanforscher bekannten Lehrer Prof. Dr. Weiland ein albanisches Seminar errichtet das die drei bestehenden Seminare für Rumänisch und Bulgariisch ergänzen soll. Die Beziehungen dieser Sprachen zu einander sollen vorgetragen werden, um dadurch die noch nicht aufgehobene Vergangenheit und den Ursprung der Rumänien und Albaner zu erforschen; in diesem Sinne werden die drei Institute vereint ein Balkaninstitut bilden. Aber auch die praktische Kenntnis des Albanischen, wie Ethnographie und Folklore sollen gepflegt werden. Die Kosten des Instituts, das mit Genehmigung des Ministeriums im Paulinum vereinigt mit dem rumänischen und bulgarischen Seminar Platz finden wird, werden von dem albanischen Komitee in Leipzig getragen.

Pauline Kergomach, eine der herausragendsten Vertreterinnen der Pädagogik, starb 54 Jahre alt. Sie unterrichtete anfangs in der Schule des Vereins der Künstlerinnen zu Berlin und später im eigenen Atelier. 1914 fiel ihr auf der Bugra in Leipzig eine silberne Medaille zu. Radierungen der Künstlerin bewahren die Kunstsammlungen in Berlin und Dresden.

Pauline Kergomach. Vor kurzem ist in Berlin Pauline Kergomach, eine der herausragendsten Vertreterinnen der Pädagogik in Frankreich im Alter von 87 Jahren gestorben. Sie hatte als prominentest bekannt gemacht durch ihre Lehre über die mittlerliche Erziehung. Am charakteristischsten sind ihre Werke „L'éducation maternelle“ und „L'ami de l'enfance“. Jules Ferry ernannte sie im Jahre 1879 zur Kustosin des öffentlichen Unterrichts. Sie lebte in Paris und teilte mit ihrem Mann, dem Maler Georges Kergomach, die Wohnung des Künstlers.